

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierjährlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Gewerkevereine
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vierhundert)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 25 Pf.
Verbandsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Gesamtsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 44.

Berlin, Mittwoch, 1. Juni 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Wahlrechtsreform ist tot, es lebe die Wahlrechtsreform! — Sozialdemokratische Vergewaltigung Hirsch-Dunderscher Gewerkevereiner in Hamburg. — Bestimmungen zum Verbandstage. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Leit. — Verbands-Leit. — Literatur. — Anzeigen.

Die Wahlrechtsreform ist tot, es lebe die Wahlrechtsreform!

Der Abgeordnete Fischbeck hatte vollkommen recht, als er die letzte Beratung über die Wahlrechtsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus eine Leichenfeier nannte. Denn daß dieser Wechselbalg einer Wahlrechtsreform, an dessen Grabe man sich noch darüber stritt, wer seine Eltern seien und wer es umgebracht habe, nicht lebensfähig sein werde, darüber war man sich am Freitag von vornherein klar. Nun ist er dahin und elendiglich verstorben. Kein Mensch weint ihm eine Träne nach. Alles atmet erleichtert auf, wie von einem drückenden Alp befreit.

Der einzige Leidtragende ist der preussische Ministerpräsident v. Bethmann-Sollweg. Eine kläglichere Rolle als er in dieser Frage dürfte kaum jemals ein leitender Staatsmann gespielt haben. Dem preussischen Volke war durch königliches Versprechen eine Reform in Aussicht gestellt, die eine organische Fortentwicklung der über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten erlassenen Vorschriften bringen sollte. Das besagte — etwas anderes konnte bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Preußens nicht erwartet werden — wenigstens eine Abschlusssatzung auf das Reichstagswahlrecht. Was aber brachte der Entwurf? Ganz abgesehen davon, daß von einer neuen Wahlkreiseinteilung, welche die Vorbedingung für eine gründliche Wahlrechtsreform ist, in ihm keine Rede war, enthielt er einzig und allein anstatt der indirekten Wahl die direkte Wahl. Die übrigen Änderungen gegenüber dem bestehenden Zustand waren nebensächlicher Natur und auch keineswegs nur Verbesserungen.

Herr v. Bethmann-Sollweg aber stellte sich hin im Abgeordnetenhaus und verteidigte diese Karikatur einer Reform unter Aufwand eines gewaltigen Pathos und mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Inzwischen was bedeutet im preussischen Abgeordnetenhaus ein Ministerpräsident gegenüber der Macht der Junker, zumal wenn sie handelseinig geworden sind mit dem Zentrum? Die Ausführungen des Herrn v. Bethmann-Sollweg machten so gut wie gar keinen Eindruck. Das Abgeordnetenhaus stellte die Vorlage der Regierung einfach auf den Kopf. Es merzte die direkte Wahl wieder aus und führte dafür die geheime Wahl für die Wahlmänner ein. Der Ministerpräsident aber ließ dies alles über sich ergehen und fügte sich, obgleich bei den Beratungen so ziemlich das Gegenteil von dem herausgekommen war, was er verteidigt hatte.

Die Vorlage ging an das Herrenhaus, die Kammer der geborenen Gesetzgeber. Daselbst stellte sich im wesentlichen auf den Boden der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses. Änderungen nahm es in der Hauptsache vor bezüglich der sogenannten Drittelung über die Größe der Abteilungsbezirke. Aber auch diese Änderungen, von denen nach dem bisherigen Verhalten des Zentrums die endgültige Annahme oder Ablehnung der Vorlage abhing, nahm Herr v. Bethmann-Sollweg in den Kauf. Und als der abgegebene Entwurf an das Abgeordnetenhaus zurückkam, verteidigte er ihn mit derselben Entschiedenheit, wie vordem die Regierungsvorlage selbst. Ein solcher Politiker kann niemand imponieren. Seine Mahnungen verhallen denn auch ungehört, und da im Grunde genommen keine

Partei ein besonderes Interesse an dem Zustandekommen des Gesetzes hatte, scheiterte es an diesem verhältnismäßig geringfügigen Punkte. Da sich für keine der verschiedenen Anträge zur Drittelung eine Mehrheit fand, erklärte Herr v. Bethmann-Sollweg, daß damit eine Lücke im Gesetz entstanden sei und die Regierung auf die Weiterberatung der Vorlage keinen Wert mehr lege.

Es bleibt also zunächst alles beim alten. Aber auch nur zunächst, denn der Kampf um ein besseres Wahlrecht in Preußen ist damit nicht abgeschlossen. Er ist nur in ein neues Stadium getreten und wird mit größerer Entschiedenheit als bisher weitergeführt werden. Erst nach Beilegung dieser Vorlage ist die Bahn geebnet für eine vernünftige Wahlreform in freierwilligem Sinne. Das wurde auch bei der Beratung am Freitag von den verschiedensten Seiten zum Ausdruck gebracht.

Gerade die letzten Vorgänge haben den Uebermut des preussischen Junkertums in der grellsten Beleuchtung gezeigt. Ihn zu brechen, müssen alle freiheitlich denkenden Elemente sich zur Aufgabe stellen. Das wird aber erst gelingen, wenn Preußen ein besseres Wahlrecht besitzt. Am stärksten daran interessiert sind die Arbeiter, auf denen das Joch der Junkerherrschaft am schwersten lastet und die nach der sozialen und politischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger streben. Deshalb müssen auch die in den Deutschen Gewerkevereinen organisierten Arbeiter alles daran setzen, den Wahlrechtskampf zu einem glücklichen Ende zu führen.

Aber nicht nur aus dem Verlangen nach freiheitlicher Gestaltung der Verhältnisse in Preußen müssen unsere Mitglieder an diesem Kampf teilnehmen, nein, die preussische Wahlrechtsreform ist auch eine eminent nationale Frage. Die Zustände in Preußen sind maßgebend für die Gestaltung der Verhältnisse im ganzen Deutschen Reich, und so lange die Junker im größten Bundesstaate das Szepter in den Händen haben, so lange prägen sie auch der Gesetzgebung im Reich den Stempel auf. Der Sturz ihrer Vorherrschaft in Preußen bedeutet auch die Beilegung ihres überragenden Einflusses in ganz Deutschland, der so recht drastisch in der Zoll- und Steuerpolitik des Reiches in die Erscheinung tritt.

Unser Programm selbst legt uns sonach die zwingende Pflicht auf, an dem Kampfe zur Herbeiführung eines besseren Wahlrechtes für Preußen, die wir in der Uebertragung des Reichstagswahlrechtes erblicken, tatkräftig teilzunehmen, und in welcher Weise dies zu geschehen hat, das hat uns deutlich der Verbandstag gezeigt. In einer Resolution hat er es von neuem als die dringende Pflicht aller Mitglieder bezeichnet, neben der Mitgliedschaft bei den Gewerkevereinen auch ihrer Pflicht als Staatsbürger durch Eintritt in eine politische Partei Genüge zu leisten. Darum hinein in die politischen Organisationen, in die Bezirks- und Wahlvereine und dort Stimmung gemacht für den Kampf um die Freiheit! Niemand darf jetzt mehr zurückbleiben! Jeder einzelne muß seinen Mann stehen. In seiner politischen Ueberzeugung soll niemand beeinflusst werden. Wo jedes Mitglied seinen Anschluß sucht, ist seine eigene Sache. Unbedingt gefordert werden muß aber, daß jeder Gewerkevereiner im Sinne der Forderungen und Anschauungen unserer Organisation innerhalb seiner politischen Partei wirkt. Keine Gelegenheit darf vorübergehen, ohne daß auf die Notwendigkeit eines besseren Wahlrechtes für Preußen hingewiesen wird. Der Stein ist im Rollen. Auch in dem fortschrittlich denkenden Bürgertum ist die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der jetzigen

Zustände in Preußen fest eingewurzelt. Die auf nationalem Boden stehende freierwillig gerichtete Arbeiterchaft im Bunde mit diesen Elementen muß instand sein, das Junkerjoch zu brechen und ein Wahlrecht zu erkämpfen, das eines politisch mündigen Volkes würdig ist.

Sozialdemokratische Vergewaltigung Hirsch-Dunderscher Gewerkevereiner in Hamburg.

Der sozialdemokratische Holzarbeiterverband in Hamburg hat einen eigenen Arbeitsnachweis errichtet und verbietet aus diesem Grunde seinen Mitgliedern, durch irgend welche andere Arbeitsvermittlung eine Arbeitsstelle anzunehmen. Als zwei seiner Mitglieder diesem Verbot entgegen in der 400 Arbeiter beschäftigenden Pianofabrik von Steinway u. Söhne Arbeit genommen hatten, mußten sie auf Geheiß des Holzarbeiterverbandes die Arbeit wieder niederlegen. Auch der Ortsverein des Gewerkevereins der Holzarbeiter (S. D.) hat, um die allgemeine Bewegung zugunsten eines paritätischen Arbeitsnachweises zu unterstützen, einen eigenen Arbeitsnachweis errichtet, und an diesen wendete sich die genannte Firma um Arbeitskräfte. Darauf wurden 4 Gewerkevereinskollegen vermittelt. Den Hamburger Holzarbeiterverbändlern paßte dies nicht, und so verlangten sie von unserem Ortsverein, daß er seine sämtlichen Mitglieder aus dem Betriebe herausnehme, damit die Firma gezwungen werden könne, den sozialdemokratischen Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Für den Ortsverein wäre das Selbstmord gewesen. Denn der sozialdemokratische Holzarbeiterverband in Hamburg vermittelt nur Arbeiter seiner Organisation. Die Gewerkevereiner hätten also ihr Bündel schnüren und Hamburg den Rücken kehren können. So lange es noch keinen paritätischen Arbeitsnachweis gibt, ist es natürlich das Recht eines jeden Teils, einen eigenen Arbeitsnachweis zu errichten. Und nur von diesem Recht hat auch unser Ortsverein der Holzarbeiter Gebrauch gemacht. Bei den Verhandlungen der beiderseitigen Hauptvorstände in Berlin ist dieses Recht auch anerkannt worden.

Im Betriebe aber weigern sich die Holzarbeiterverbändler, mit ihren Hirsch-Dunderscher Kollegen gemeinsam zu arbeiten und verteidigten ihnen direkt die Hilfe, die sich Arbeiter gegenseitig zu leisten haben.

Um die Firma zu zwingen, die sich aber nicht zwingen ließ, die Gewerkevereiner zu erlassen, legte nun in jeder Abteilung, in welcher Gewerkevereiner beschäftigt sind, eine Anzahl Holzarbeiterverbändler die Arbeit nieder.

Dieser unerhörte Vorgang fordert zur schärfsten Kritik heraus. Kein anständig denkender Hamburger Arbeiter wird es billigen wollen, daß andersdenkende Kollegen, die, was für die Gewerkevereiner selbstverständlich ist, auf dem Boden des Arbeitsvertrages stehen, um ihrer Besinnung willen brutal vergewaltigt werden. Zudem ist die Arbeitsnachweisfrage nur der Deckmantel für das Vorgehen der Holzarbeiterverbändler. Der tiefere Grund liegt darin, daß der führende Gewerkevereinskollege aus dem Betriebe von Steinway u. Söhne, Albert Dehke, früher dem Holzarbeiterverbande angehörte und mehrere Mitglieder dieses Verbandes im genannten Betriebe für die Gewerkevereinsfrage gewinnen konnte. Dehke ist aber auch Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei und hat im letzten Winter als freijüngerer Kan-

didat bei den Wahlen zur Bürgerchaft kandidiert. Dadurch hat er sich den ihn ehrenden Saß fanatischer Sozialdemokraten zugezogen, die ihn mitamtend zu ihm haltenden Kollegen aus Hamburg vertreiben wollen. In einer im Hamburger Gewerkschaftshause stattgefundenen Besprechung zwischen Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftern hat einer der Gewerkschaftsbeamten ausdrücklich anerkannt, daß Lehlkes politisches Verhalten die Hauptursache des Zwistes bildete. In der Besprechung hatte der Gewerkschaftsbeamte Dehlsche eine Bemerkung des Gewerkschaftsführers Romberg, daß die Gründe des Nichtzusammenarbeitens der Gewerkschaftler mit den Gewerkschaften nicht in dem Befehlen der Stellen, sondern in dem Verhalten des Kollegen Dehlsche ihre Ursache hätten, erklärt, wenn man irgend etwas gegen ihn habe und alle Schuld auf sein Konto zu schieben versuche, dann möge man mit Beweisen aufwarten, denn er sei sich seiner Schuld bewußt. Darauf antwortete der Gewerkschaftsbeamte Ladewig, Dehlsche könne doch nicht sagen, daß er keine Schuld an den Differenzen trage. Wenn er sich auch im Betriebe nichts zuschulden habe kommen lassen, so habe doch seine politische Betätigung einen starken Unwillen herbeigerufen, der nun zum Ausbruch gekommen sei. Der Hauptgrund der Differenzen sei in der politischen Betätigung Dehlsches zu erblicken.

Es ist selbstverständlich, daß die öffentliche Meinung auf die Seite der Gewerkschaftler tritt, die um ihrer Ueberzeugung willen vergewaltigt werden sollen. Die Annäherung der „Genossen“ muß auf das allerhöchste gebrandmarkt werden. Die persönliche Freiheit, nach eigener Ueberzeugung zu denken und zu handeln, sobald beides moralisch und rechtlich vertreten werden kann, muß unbedingt geschützt werden. Der Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes hat hier die unabwiesbare Pflicht, gegen das unverantwortliche Verhalten eines Teils seiner Hamburger Mitglieder energisch einzuschreiten.

Infolge der Arbeitsniederlegung der Holzarbeiterverbände werden zahlreiche Arbeiter des Betriebes brotlos gemacht, weil sie nicht weiter arbeiten können infolge Fehlens der für ihre Arbeit notwendigen Vorarbeiten. In dem Betriebe bestehen keine erheblichen Differenzen, da die Arbeitsbedingungen tariflich geregelt sind.

Der paritätische Arbeitsnachweis wird kommen müssen. Es sind aber, wie dieser Vorgang zeigt, Garantien nötig, daß die freie Wahl der Arbeiter, welcher politischen Partei oder welcher Gewerkschaftsrichtung sie sich anschließen wollen, mit Sicherheit gewährleistet wird. Jeder Versuch, Arbeiter zu zwingen, wider ihre innere Ueberzeugung zu handeln, muß energisch zurückgewiesen werden.

Stimmungen zum Verbandstage.

Gegnerische Blätter gefallen sich häufig darin, um die Bedeutung der eigenen Organisationsrichtungen zu heben, die Deutschen Gewerkschaften als recht wenig beachtliche Gebilde hinzustellen. Das kann man auch bei der Berichterstattung über unseren Verbandstag wieder beobachten. Dieses Gebaren wird am besten gekennzeichnet durch Feststellung der Tatsache, daß die gesamte deutsche Presse, soweit ihr überhaupt eine Bedeutung beigemessen werden darf, in der ausführlichsten Weise über unsere Tagung berichtet hat. Wären die Deutschen Gewerkschaften wirklich so nichtsagend, wie es ihre „Freunde“ zur Rechten und Linken darzustellen belieben, wäre das sicherlich nicht geschehen. Wir wollen heute und auch in einigen späteren Aufsätzen die hauptsächlichsten Urteile über unseren Verbandstag zum Ausdruck bringen, gleichviel, ob dieselben günstig oder ungünstig lauten, und richten deshalb gleichzeitig von dieser Stelle aus an alle Mitglieder das Ersuchen, diesbezügliche Bekundungen sobald wie möglich an uns gelangen zu lassen. Selbstverständlich lehnen wir es ab, persönliche Anrempelungen, die jeder sachlichen Grundfrage entbehren, in ihrem Wortlaut wiederzugeben. Dazu ist uns der Raum unseres Organs zu schade. Trotzdem werden wir auch solchen Anwürfen mit der richtigen Antwort dienen.

Vor uns liegen zunächst zwei Ausschnitte aus dem „Reich“, das auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften steht. In einer wichtig sein sollenden Feuilleton-Betrachtung heißt es da in der einen Notiz:

„Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben gleichfalls getagt, um dem staunenden Europa zu zeigen, daß sie auch noch auf der Welt sind. Sie sind ein tomlisches Wilschen, die „Hirsche“! Sie wühlen mit den Schaufeln ihres Beweises immer noch in den alten, längst vermoderten Ideen des Jahres 1848 herum und verheben es nicht, daß man über sie einfach zur Tagesordnung übergeht.“

Darauf antwortet man am besten nicht. Wenn die Gegner nicht mehr gegen unseren Verbandstag vorzubringen haben als solche Wäghen, so können wir ganz ruhig sein. In einem „Sozialpolitische Praxis“ überdieserhebenden Artikel wendet sich dasselbe Blatt gegen die Resolution, in der sich der Verbandstag dahin ausspricht, daß er in der Forderung der Ulnabwägung des Arbeitsverhältnisses aus dem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis das wichtigste Prinzip für die gesamte Tätigkeit der Gewerkschaften erblickt. Dazu bemerkt das „Reich“:

„Wir stehen nicht an, zu sagen, daß derjenige, der unser gegenwärtiges Arbeitsverhältnis grundsätzlich als ein reines Gewaltverhältnis bezeichnet, ein hohltönder Phrasendrescher ist, auch wenn er sonst noch so viel sozialpolitische Aufmesforbereen glaubt um sein Haupt geworden zu haben. Wir brauchen nur zu betonen, daß der individuelle Arbeitsvertrag, wie er in unserer Zeit zwischen dem einzelnen Arbeitnehmer und Arbeitgeber abgeschlossen wird, nicht auf der Basis der Gewalt, sondern auf der des Rechts entsteht. Es ist eine andere Sache, daß das Recht des Arbeitnehmers nach dem Einzelvertragsabfchlusse nicht genug ist, sich gegenüber der Macht des Arbeitgebers zu behaupten. Wer von einem Gewaltverhältnis spricht, nähert sich in sehr bedenklicher Weise den sozialdemokratischen Theorien und ist im Begriff, die sozialistische Praxis zu irreführen. Jedenfalls können wir nicht dringend genug davor warnen, daß die christlich-nationalen Arbeiterkraft, Führer sowohl wie Organisierte, sich von dem Brauche der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften fernhalten und der sozialpolitischen Praxis nicht anheimfallen sollen. Denn: die Phraje tötet!“

Wenn das „Reich“ und die christlichen Führer im heutigen Arbeitsverhältnis wirklich ein Rechtsverhältnis erblicken, so ist das ihre Sache. Wir sind anderer Meinung. Auf dem Papier mag das zutreffen, in Wirklichkeit aber nicht. Und deswegen werden es die Gewerkschaften in den nächsten Jahren als ihre Hauptaufgabe betrachten, trotz des Gedwafels des „Reich“ dahin zu wirken, daß das jetzt in der Tat bestehende Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis umgewandelt wird.

Daß auch die sozialdemokratische Presse uns mit allerlei Liebenswürdigkeiten bedenkt, ist selbstverständlich. Am anständigsten beträgt sich noch die „Müch. Post“, die das vom Stadtrat Dr. Fleisch aufgestellte Programm kurz bespricht und daraus die Folgerung zieht, daß die Sozialdemokratie diejenige Partei sei, der sich die Gewerkschaftsmittelglieder anschließen müßten. Denn die Sozialdemokratie trete am entschiedensten für eine totale Umgestaltung des Arbeitsverhältnisses ein. Die „Müch. Post“ vergißt, daß die Gewerkschaften auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen. Die Sozialdemokratie aber will das Arbeitsverhältnis nicht umgestalten, sondern überhaupt bejeitigen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ ergeht sich, wie man dies bei diesem Blatte nicht anders gewöhnt ist, in allerlei jähoddrigen Redensarten, wobei es ihr auch auf eine Sandwoll Lügen nicht ankommt. So wird z. B. behauptet, daß eine Anzahl von Teilnehmern des Verbandstages ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht habe, daß sie auf die Neutralität pfeife. Jeder, der an der Tagung teilgenommen hat, weiß, daß in dieser Frage völlige Uebereinstimmung herrschte, wie dies auch mehrfach ausdrücklich konstatiert worden ist.

Natürlich fehlt auch der „Vorwärts“ nicht in der Reihe der Kritiker. Er verfolgt die Taktik, daß er die Person unseres Verbandsvorsitzenden Goldschmidt herunterzureißen und lächerlich zu machen sich bemüht. Man merkt die Absicht und wird nicht verstimmt. Die Angriffe des „Vorwärts“ gelten nämlich weniger dem Gewerkschaftsführer Goldschmidt als dem Politiker Goldschmidt. Ihm sucht man eins auszuwischen, um diejenigen Kollegen, die in politischer Beziehung eine von der der Verbandsvorsitzenden abweichende Meinung haben, gegen ihn aufzubekken. Der Trick, den der „Vorwärts“ damit anwendet, ist jedoch so abgebraucht, daß er wirklich nur noch bei solchen verfährt, die überhaupt kein eigenes Denkfvermögen mehr besitzen. Wie „lachlich“ das genannte Blatt urteilt, geht am besten aus dem Satze hervor, daß „allen Reden und Resolutionen über Koalitionsrecht, Reform des Arbeitsrechts, Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweise wenig Bedeutung beizumessen“ sei. Nun, wir haben bis jetzt erstaußerordentlich die Erfahrung machen können, daß man unsere Forderungen ernst genommen und dementsprechend behandelt hat, während man die von der Sozialdemokratie und den von ihr unterstützten Gewerkschaften aufgestellten Forderungen meistens jede Beachtung verweigerte, weil sie in der Regel nur agitatorische Zwecke verfolgten.

Aber auch von Sachlichkeit ist das Urteil des „Vorwärts“ in keiner Weise getrübt. Es heißt nämlich in dem betreffenden Aufsatz:

„Eine Erhöhung der Beiträge wurde in geschlossener Sitzung abgelehnt. Man kann nicht anders, denn mit diesen niedrig bemessenen Beiträgen spekuliert man auf den einzigen Zuwachs, den die Hirsch-Dunderschen haben, auf jene Elemente, die nur der Form halber organisiert sein wollen.“

Damit hat sich der „Vorwärts“ einen gründlichen Keimfall geleistet, denn bei den Beiträgen, deren Erhöhung abgelehnt wurde, handelt es sich nicht um Mitgliederbeiträge, sondern um die Beiträge, welche die einzelnen Gewerkschaften an den Verband leisten. Diese aber sind in den Deutschen Gewerkschaften höher als in den „freien“ Gewerkschaften. Damit fallen alle Schlußfolgerungen des „Vorwärts“ in sich selbst zusammen. Gleichzeitig aber ist damit der Beweis erbracht, daß das Blatt über Dinge geredet hat, die es gar nicht versteht.

Zum Schluß für heute noch einige unparteiische Urteile. Die „Silbe“ schreibt:

„So unbedeutend und unbeachtlich, wie es die sozialdemokratische Presse durch Unterdrückung jeder Berichterstattung gläublich machen möchte, ist also dieser 17. Verbandstag keineswegs gewesen. Auch nicht nach Zahl und Intelligenz der Delegierten. Wir hörten ganz ausgezeichnete Referate, wie das des bekannten Frankfurter Stadtrats und Landtagsabgeordneten Fleisch über „Reform des Arbeitsrechts“, die ihre Bedeutung weit über den Rahmen der Deutschen Gewerkschaften hinaus haben und dauernd behalten werden, und wir erlebten Diskussionen, wie die über „Neuregelung des Koalitionsrechts“, über „Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweise“, über „Neutralität der Deutschen Gewerkschaften“, die durch Gemäßtheit der Redner, Selbstständigkeit des Urteils und kollegiale Austragung der Meinungsverschiedenheiten gleichermaßen imponierten. Daneben sind natürlich auch, wie bei jedem Arbeiterkongreß, die trockenen, geschäftlichen und organisatorischen Beratungen nicht zu kurz gekommen.“

Auch sonst äußert sich die genannte Wochenschrift sehr anerkennend über die Tagung. Leider sind wir nicht in der Lage, den ganzen Artikel zum Ausdruck zu bringen.

Die „Soz. Praxis“ faßt ihr Urteil in folgenden Sätzen zusammen:

„Der Verbandstag hat alles in allem in seinen sechstägigen Verhandlungen eine umfangreiche Arbeit geleistet. Er hat insbesondere durch seine Erörterungen und Beschlüsse zum Arbeits- und Koalitionsrecht den Gewerkschaften neue, wertvolle Gedankenreihen zugeführt. Je energischer und einmütiger der Anteil der Gewerkschaften in Zukunft am politischen Leben sein wird, je eifriger sie für ihre Vertretung in den Parteien und Parlamenten sorgen, um so rascher wird ihnen die tatsächliche Durchsetzung dieser Gedanken und die Verbreitung ihrer Grundzüge in Staat, Öffentlichkeit und Arbeiterbewegung gelingen.“

Allgemeine Rundschau.

Diens tag, den 31. Mai 1910.

Wegen der Unterstützung der arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter fanden am Montag erneut Besprechungen im Reichsstatistikamt mit den Vertretern der Arbeiterorganisation statt. Das Resultat ist, daß der Staatssekretär sich bereit erklärte, zunächst noch einen Monat lang allen Arbeitern und Arbeiterinnen die bisherige Unterstützung weiter voll zu bezahlen. Es handelt sich dabei um 15 000 bis 16 000 Arbeiter. Nach Ablauf der Frist sollen die Unterstützungssätze erniedrigt werden. Nur noch solche Arbeiter, die eine Familie bis zu vier Personen zu ernähren haben, sollen die alten Sätze weiter erhalten, während für die übrigen die Beiträge auf die Hälfte bzw. auf vier Zehntel der bisherigen Unterstützungssumme herabgesetzt werden sollen.

Die Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung hat ihre Tätigkeit begonnen, und mit Rücksicht auf die Bedeutung des Gegenstandes halten wir es für zweckmäßig, unsere Leser wenigstens kurz über ihre wichtigsten Beschlüsse zu unterrichten. Zunächst hat man beraten über den Aufbau der Organisation. Die vorgeesehenen Versicherungsämter haben eine starke Gegnerchaft gefunden. Der Widerstand ist namentlich auf die durch sie verursachten Kosten zurückzuführen. Während die Regierung, ohne allerdings dafür die notwendigen Nachweisungen vorlegen zu können, behauptet, diese Kosten würden nur 6 bis 7 Millionen Mark betragen, will man im Kreise der Berufsorganisationen herausgerechnet haben, daß sie 12 oder gar 20 Millionen Mark Ulfosten verursachen. Wahrscheinlich liegt die richtige Summe in der Mitte beider Schätzungen. Wie dem aber auch sei, wenn die Errichtung von Versicherungsämtern wirklich gut ist, dann darf die Einrichtung an dieser Kostenfrage auf keinen Fall scheitern. Fast allgemeine Ablehnung fanden die Landesversicherungsämter, die man neben dem Reichsversicherungsamt zulassen will. Völlige Uebereinstimmung herrschte auch darüber, daß die Kosten nicht zum größten Teil den Versiche-

rungen aufgebürdet werden dürfen, sondern daß besonders Staat und Reich dazu herangezogen werden müssen.

Auf die öffentliche Versammlung im Bürger- saale des Berliner Rathhauses am 8. Juni, abends 8 Uhr, die vom Ständigen Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinneninter- essen einberufen wird, und in welcher die „Frauenforderungen zur Reichsver- sicherungsordnung“ zusammengestellt und noch einmal gründlich erörtert werden sollen, machen wir hiermit nochmals aufmerksam. Sof- fentlich nehmen recht viele Kollegen und Kollegin- nen aus Berlin und Umgegend an dieser Versamm- lung teil. Es empfiehlt sich, recht pünktlich zu er- scheinen, da bei früheren Veranstaltungen dieser Art der Saal um die festgesetzte Zeit schon gesperrt werden mußte. Referentinnen sind: Anna Schmidt, Elise Lüders und Frä. Dr. Mar- garete Bernhards.

Der Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für die Fragen des Gasthausgewerbes trat am 20. Mai zu einer Besprechung zusammen. Die Verhandlungen, die Professor Dr. Franke leitete, ergaben nach längerer Aussprache über Umfang und Richtung der geplanten Arbeit folgende Beschlüsse: In Sachen der Arbeitsvermittlung sollen die staatlichen und städtischen Behörden im weitesten Umfange aufgefordert werden, das Personal aller von ihnen abhängigen (selbstbewirtschafteten, ver- pachteten, unterstützten) Gastwirtschaftsbetriebe von gemeinnützigen und paritätischen Arbeitsnachweisen zu beziehen oder beziehen zu lassen und ent- sprechende Verpflichtungen in alle künftigen Nach- verträge aufzunehmen. In Sachen des Ar- beiterlohnes und der Ruhezeit des gast- wirtschaftlichen Personals ist bei allen zuständigen Stellen auf eine weit schärfere Aufsicht über die Durchführung der Bundesratsverordnung von 1902 zu dringen. Das Material über die mangelhafte Durchführung der Schutzvorschriften soll möglichst vollständig gesammelt und dem Reichstage und Bundesräte unterbreitet werden. Die Gesundheits- und Wohnungsverhältnisse des gastwirtschaftlichen Personals sollen untersucht und der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Dringend anzustreben ist, daß die Geltung der Bundesratsverordnung auf sämtliche gastwirtschaftlichen Betriebe (auch Kasinos, Speisehöfe, Bahnhöfe usw.) ausgedehnt und daß der Schutz dem gesamten Personal, auch dem ungelerten, in Hotels, Wirtschaften und Küchen zuteil wird. Der Schutz für die jugend- lichen Angestellten, zumal die weiblichen, muß bis auf das 18. Jahr ausgedehnt werden. Der örtliche Kampf gegen das Amierneipen- wesen bedarf der Unterstützung. Auf Durch- führung der geltenden Bestimmungen hinsichtlich der Arbeitsordnungen in den Gastwirt- schaften (§ 134a bis h Gewerbeordnung) ist zu dringen. Auch hierüber wie über die gegen die guten Sitten verstoßenden Prudgelber und ver- wandten Zwangsabgaben des Personals ist das Ma- terial zu sammeln und den zuständigen Stellen vorzulegen. In Sachen der Entlohnung sollen die staatlichen und städtischen Behörden aufgefor- dert werden, in den von ihnen abhängigen Gast- wirtschaftsbetrieben eine feste Entlohnung des Per- sonals einzuführen.

Die anwendenden Sozialpolitiker und Mitglie- der verschiedener Angestelltenorganisationen ver- sprachen der Gesellschaft für Soziale Reform ihre wirksame Unterstützung bei den geplanten Arbeiten. Alle Eingaben usw. werden vom Unterausschuß in einer späteren Sitzung im Wortlaut festgelegt werden. Die Ortsgruppen der Gesellschaft für Soziale Reform werden um wirksame Unter- stützung der Arbeiten des Unterausschusses gebeten durch Sammlung von Material wie durch Ein- wirkung auf die öffentliche Meinung. Die „So- ziale Praxis“ wird zur weiteren Verbreitung ge- eignetes Material fortlaufend veröffentlichen.

Arbeiterbewegung. Die Aussperrung der Metallarbeiter in Lünen dauert unver- ändert fort; ebenso läßt sich in der Bewegung der Metallindustrie von Solingen Schwel- m noch kein Ende absehen. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter dürfte hier selbst 3000 übertreffen. — Da- gegen ist es in Bielefeld zum Friedensschluß gekommen. Die streikenden Arbeiter der Kina- schiffenabteilung und der Nidelei bei der Firma Dürfopp u. Co. nehmen die Arbeit zu den früheren Bedingungen wieder auf. Dagegen hat sich die Betriebsleitung bereit erklärt, die Löhne der Nideleiarbeiter einer Revision zu unterziehen. Sieben Arbeiter will die Firma nicht wieder ein- stellen; sie sollen jedoch in anderen Bielefelder Be- trieben Beschäftigung finden können. — In der Möbelfabrik von Pfeiffer in A n g e r m ü n d e sind

die Tischler und Drechsler in den Ausstand getreten. — Wegen Ablehnung jeder Lohnerhöhung bei der Erneuerung des Tarifs haben in Buna- lau und Tillendorff über 100 Scheid- löpfer die Arbeit eingestellt. — In der Ma- schinenfabrik von Guttmann in Breslau ist es zu Differenzen gekommen, so daß die Metall- gießer die Arbeit niedergelegt haben und auch andere Arbeiter entlassen wurden. — Auf den Bauten des Fürsten v. Pleß in Salzbrunn sind die Bauarbeiter ausgesperrt worden. Nur am Kurhausneubau wurde weiter gearbeitet, und um die Fertigstellung bis zur Eröffnung der Sai- son zu ermöglichen, hatte man sogar Grubenmauer eingestellt. Die übrigen aber lebten es ab, mit diesen zusammen zu arbeiten und traten in den Streik. — In Finsterwalde ist der Ausstand der Malergesellen noch immer nicht be- endigt; doch sind durch Vermittlung des Bürge- meisters Einigungsverhandlungen angebahnt, die am Mittwoch ihren Anfang nehmen. — Auf den Raffinadeinwerken der Firma Guttmann, G. m. b. H., in Niederlehmei. W. wurde im März ein Streik beigelegt, nachdem die Firma sich bei den unter der Leitung des Landrats stattgefun- denen Einigungsverhandlungen protokolllarisch verpflichtet hatte, nach Aufnahme der Arbeit über Lohnerhöhungen in Verhandlungen einzutreten. Dieses Versprechen wird jetzt nicht gehalten, sondern jede Lohnerhöhung rundweg abgelehnt. Die Ar- beiter wollen sich das nicht gefallen lassen, so daß ein neuer Streik nicht ausgeschlossen ist und Zu- zug von Arbeitern nach Niederlehmei einzuweisen ferngehalten werden muß. — Um den Abschluß eines Tarifs herbeizuführen, sind in Rhein- land-Westfalen die Parkettboden- leger in den Ausstand getreten.

Der Ausstand der Wiener Chauffeure endigte mit einem Erfolg für diese. Es wurde ein Tarif abgeschlossen, der bis zum Jahre 1912 läuft und den Chauffeuren weitestliche Lohnerhöhungen sowie andere Verbesserungen gewährleistet. Maß- regelungen wegen der Lohnbewegung dürfen in den ersten sechs Monaten nicht erfolgen. — Der Streik der Bergarbeiter im belgischen Gruben- revier ist beendet und die Arbeit wieder auf- genommen worden, nachdem der Nationalkongreß der Arbeiterorganisationen sich gegen den Streik er- klärt hat. — In den größeren Provinzialstädten Ungarns sind die Schriftsetzer wegen Lohn Differenzen in den Streik getreten.

Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe haben am Freitag ihren Anfang genommen, sind am Sonnabend fortgesetzt und dann auf den heuti- gen Dienstag vertagt worden. Die Leitung liegt wieder in den Händen des Beheimrats Wied- feldt vom Reichsamt des Innern, die beiden an- deren Unparteiischen sind Oberbürgermeister Dr. Beutler-Dresden und Gewerbegehilfsdirektor Dr. Brenner-München. Da in der unter- nehmerfreundlichen Presse und auch in Flugblättern versucht wurde, den Glauben zu erwecken, als hätten die Arbeiter aus Mangel an Mitteln um Ein- leitung dieser Verhandlungen gebeten, so erklärte der Vorsitzende einleitend, daß diese Behauptung jeder Grundlage entbehre. Die Verhandlungen seien vom Staatssekretär Dr. Delbrück angeregt, der sich zuerst an den Unternehmerverband gewandt und, nachdem er dessen Zustimmung erhalten, die Arbeiterorganisationen gefragt hätte, die denn auch ihre Bereitwilligkeit zu den Verhandlungen er- klärten.

Nach diesem Zwischenfall wurde in die eigent- lichen Verhandlungen eingetreten. Die Unterneh- mer wollen zwar auf Grund des alten Vertrags- musters verhandeln, behalten es sich aber vor, ihre sämtlichen Anträge wieder einzubringen. Unter allen Umständen halten sie an dem zentralen Abschluß der Tarife fest, den aber die Ar- beiter ebenso entschieden zurückweisen. Eine Ein- gung über diesen Punkt konnte bisher nicht er- zielt werden. Das gelang ebensowenig bezüglich der Ueberstunden und der Arbeitszeit. Was den Arbeitslohn anbelangt, so wollen die Unternehmer an der Forderung der Staffel- oder Durchschnittslöhne anstatt der bisherigen Einheitslöhne festhalten. Nach dem bisherigen Ver- tragsmuster ist ferner die Akkordarbeit zulässig, und die Akkordpreise unterliegen besonderer Vereinbarung. Jetzt verlangen die Unternehmer einen Zusatz, daß die vertragschließenden Par- teien sich jeder hindernden Einflußnahme sowohl auf Arbeitnehmer als auch auf Arbeitgeber zu ent- halten haben. In dieser Bestimmung erblicken die Vertreter der Arbeiter eine einseitige Begünstigung der Unternehmer, was auch von den Unparteiischen zugegeben wurde. Am Schluß der Beratungen er- klärten diese, auf Grund der gehörten Anregungen Vorschläge machen zu wollen. Eine Einigung wurde in der Frage der Lohnzahlung erzielt. Die

Arbeitgeber wollen die 14tägige Lohnzahlungs- periode beibehalten, die Arbeitnehmer wünschen wöchentliche Lohnzahlung. Man einigte sich dahin, daß es heißt, die 14tägige Lohnzahlungsperiode dürfe beibehalten werden. Zu keinem Ein- verständnis kam es über die Einigung einer Schlichtungskommission, die im Prin- zip zwar von beiden Seiten anerkannt wurde, deren vorgeschlagene Form aber auf Seiten der Arbeit- nehmer Widerstand fand. Zu lebhaften Ausein- anderetzungen führten auch die Bestimmungen über die Agitationsklausel und über die Be- lästigungsklausel. Eine Einigung darüber wurde nicht erzielt, ebensowenig über die Frage des Arbeitsnachweises, da die Arbeitgeber un- bedingt ihre einseitigen Arbeitsnachweise beibe- halten wollen, während die Arbeiter mit Recht ebenso entschieden die Errichtung paritätischer Ar- beitsnachweise fordern. Am Schluß der Sonnabend- Verhandlungen wurde noch einmal die Frage: „zentrale oder örtliche Verhandlungen“ angehan- delt, ohne daß eine Verständigung erzielt wurde.

Die Unparteiischen werden nunmehr die Streitpunkte zusammenstellen und am Dienstag noch einmal die Verhandlungen beginnen. Die Gegenläge stehen sich sehr scharf gegenüber, und die Aussichten auf eine Verständigung sind trotz der Bemühungen der Unparteiischen sehr gering. Es wäre deshalb völlig verfehlt, wollten die Arbeiter ihre Hilfsaktion zugunsten der Bauarbeiter ein- stellen. Zunächst dauert der Kampf fort und eine energische Unterstützung ist nach wie vor dringend geboten. Stellen die Ar- beiter jetzt die Sammlungen ein, so würden die Unternehmer daraus schließen, daß die Mittel der ausgesperrten zu versagen anfangen und nur um so hartnäckiger auf ihrem Standpunkte verharren. Ihren Willen dürfen sie aber unter keinen Umständen durchsetzen. Das liegt in der Macht der deutschen Arbeiterschaft. Darum, Gewerkevereinskollegen und -Kolleginnen, tut Euer möglichstes in der Unterstützung Eurer ausge- sperrten Brüder!

Der Segen der verkürzten Arbeitszeit. Es gibt Menschen, die das Arbeiterleben aus prakti- scher Erfahrung zu kennen behaupten und der Mei- nung sind, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nur dazu beiträgt, die Arbeiter in die Kneiden zu treiben. Wie irrig diese Ansicht ist, zeigen die Erfahrungen, die man in Neuseeland gemacht hat, wo man zuerst den gesetzlichen Achttundentag ein- geführt hat. In jenem sozialen Mutterlande hat die Arbeiterschaft ein geistiges und sittliches Niveau erreicht, das auch von den schärfsten Gegnern der Arbeiterbewegung rückfalls anerkannt werden muß.

Einen neuen Beitrag für die günstigen Wir- kungen der Verkürzung der Arbeitszeit finden wir im letzten Jahresbericht des preussischen Gewerbe- inspektors für den Bezirk Königsberg-Allenstein. Da heißt es:

„Einen unerwartet günstigen Einfluß auf das Familienleben mancher Arbeiter hat in der städtischen Gasanstalt Königsberg die durch Einführung der Acht- stundenschicht geschaffene 16 stündige Freizeit ausgeübt. Schon vor längerer Zeit traten einige Arbeiter an die Direktion mit der Bitte heran, ihnen das freiliegende Gelände der Gasanstalt zur Verpflegung zu überlassen, was auch unentgeltlich geschah. Die Zahl der Besucher ist inzwischen auf 108 gestiegen, wobei auf jeden Arbeiter etwa 108 qm Land kommen. Nach Schluß der Früh- schicht (2 Uhr mittags) begibt sich jetzt nicht selten an schönen Sommertagen der von Frau und Kindern begleitete Arbeiter in den ihm überlassenen Garten, um ihn zu bearbeiten und sich an Blumen und Früchten zu erfreuen. Als eine bemerkenswerte Folge der Einführung der Achtstundenschicht ist ein von den Arbeitern der Gasanstalt beim Arbeiterausschuß mehrfach vor- gebrachter Wunsch anzusehen, welcher die Anschaf- fung von Büchern bezweckt. Auch eine stärkere Inanspruchnahme der Volksbibliotheken durch diese Arbeiter ist zu verzeichnen.“

Ein richtiger Scharfmacher wird sich natürlich auch durch solche Erfahrungen nicht belehren lassen. Immerhin verdient dieses Dokument, das so beredt für die Arbeitszeitverkürzung spricht, weiteren Kreisen zugänglich gemacht zu werden.

Geld reicht nicht. So denken offenbar die Führer der Selben in Augsburg. Wie kürzlich in einer Gerichtsverhandlung festgestellt wurde, er- halten die Ausschußmitglieder des Werkvereins der Maschinenfabrik Augsburg für ihre „Be- mühungen“ von der Betriebsleitung eine Ent- schädigung. Die beiden Vorsitzenden bekommen alle 14 Tage je 12 M., Kassierer und Schriftführer je 10 M., und die Beisitzer je 5 M. Insgesamt verausgabt die Maschinenfabrik für diese Art Ge- schäftsunkosten jährlich 2184 M. Für einen so großen Betrieb bildet diese Summe natürlich eine Bagatelle, die man um so lieber zahlt, als dadurch

die Arbeiter in „Bedürfnislosigkeit“ erhalten werden und auf jede freie Selbstbetätigung verzichten. Ob denn die irreführenden Menschen gar nicht merken, daß es der freistehende Egoismus sowohl der Betriebsleitung als auch der gelben „Führer“ ist, dem sie zum Opfer gebracht werden?

Arbeitsbüros in Kanada. Die Provinzial-Regierung von Quebec hat die Einrichtung von Arbeitsvermittlungsstellen in Montreal beschloffen, die sich im wesentlichen an das englische Muster anlehnen sollen. In diesen Büros sollen alle Arbeiter, die britische Untertanen sind und Arbeit suchen, registriert werden. Die Einrichtung ist allerdings in erster Linie für die Arbeitgeber geschaffen, da in Kanada ein erheblicher Mangel an tüchtigen Arbeitern existiert. Interessant ist die Bestimmung, daß nur britische Untertanen in Frage kommen. Die Unternehmer haben nämlich in sehr vielen Fällen Leute anderer Nationalität vorgezogen und das Wort „No Englishman need apply“ (Engländer brauchen sich nicht zu melden) ist bezeichnend für die geringe Wertung der englischen Einwanderer. Nebenher ist in Aussicht genommen, die privaten Vermittlungsstellen unter staatliche Aufsicht zu bringen.

Gewerkevereins-Teil

8. Baden. Die fast unerträglichen Leuerungsverhältnisse, unter denen in ganz besonderem Maße Baden zu leiden hat, gaben dem Bezirksleiter der Maschinenbauer, Kollegen Hartmann, Veranlassung, die Vorstände der hiesigen Vereine und Zünfte sowie andere Interessenten zu einer Besprechung einzuladen, um Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände zu treffen. Der Einladung wurde auch zahlreich Folge geleistet, und Kollege Hartmann führte aus, daß trotz des Fallens des Oktrois ein merklicher Rückgang der Fleischpreise nicht eingetreten sei. Daß die jetzt geforderten Preise der Marktlage nicht entsprechen, beweise ein Vergleich mit Köln und anderen Städten in Rheinland-Westfalen. Auch aus dem „Reichsarbeitsblatt“ gehe hervor, daß von 10 Großstädten des Reiches Baden fast durchweg die teuersten Preise zahle. Angesichts dessen müsse etwas zur Gefundung der Preisverhältnisse geschehen. Man habe daran gedacht, an die Stadtverwaltung eine Eingabe zu richten, selbst öffentliche Fleischmärkte zu veranstalten und zu denselben die ausländische Konkurrenz zuzulassen. Vielleicht empfehle sich auch eine Eingabe an den Reichstag um Öffnung der Grenzen. Der Schutz der Landwirtschaft dürfe nicht so weit gehen, daß die Allgemeinheit schwer darunter zu leiden hat. Die Landwirtschaft müsse beschränkt sein, wenn die Zufuhr fremder angemeßene Preise erhalten. Wenn man aber wie jetzt gar kein Vieh über die Grenzen läßt oder in viel zu geringer Zahl, so will der Landwirt nicht angemessene, sondern unangemessene Wiederverpreise erzielen, wogegen sich die Bürgerwehr entschieden wehren müsse. Nach einer äußerst lebhaften Diskussion wurde beschlossen, öffentliche Volksversammlungen einzuberufen und eine ständige zwölfgliedrige Kommission zu wählen, zu der auch Vertreter der Metzger- und Baderinnung, sowie der Viehhändler hinzugezogen werden sollen. Auch der Kollege Hartmann gehört dieser Kommission an. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, welche in einer vorher stattgefundenen Besprechung zugegen waren,

hatten es vorgezogen, an dieser Versammlung nicht teilzunehmen. Mögen die Arbeiter daraus ihre Schlüsse ziehen!

Verbands-Teil

Veranstaltungen

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine NO., Greifswalderstraße 221/23. Mittwoch, 1. Juni, Vortrag des Koll. Gustav Hartmann. Gäste willkommen. — **Gewerkevereins-Vierertafel (G.-V.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Leubungshunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. — **Diskussionsklub Moabit.** Freitag, 2. Juni, abends 8½ Uhr, außerordentliche Sitzung bei Rabau, Waldstraße 58. Gäste sind hierzu herzlich willkommen. — **Sonntagsab. 4. Juni. Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8½ Uhr, Ortsversammlung Fruchtstraße 36a. 1. Mitteilungen, 2. Vortragsrede über die Erhebung des Sozialfonds, 3. Wertfahrgelangenheiten. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Abends 8½ Uhr Versammlung bei Bonacker, Blücherstr. 61. Protokoll, Vortrags, Besprechung üb. Familienpartie, Verbleibendes. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8½ Uhr Versammlung bei Schumacher, Staligerstraße 126. Bericht über den Verbandstag, Referent: Kollege Hartmann. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abds. 8½ Uhr Versammlung Gerchstraße 71. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Abends 8½ Uhr Versammlung Wötterstraße 22. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8½ Uhr bei Fr. Krull, Puttbusstraße 51. Vortrag des Kollegen Musleitner: „Leber den Verbandstag“. Mittwoch, 8. Juni abds. 8 Uhr Vertrauensmännerversammlung. „Die Jugendfrage“. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Sonntag, den 5. Juni, vorm. 9—11 Uhr, Beitragszahlung bei Rabau, Waldstraße 58.

Orts- und Regionalverbände

Baden (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Diskussionsabend bei Leichter, Ecke Hanserammplatz und Fißlerstraße. — **Böckum (Ortsverband).** Sonntag, 5. Juni, von 11 Uhr, Verbandssammlung b. Ermann, Reihstraße. Vortrag des Redakteurs Rothhoff - Düsseldorf über: „Unsere Presse“. Zahlung d. Beiträge, Gewerkegerichtsmaß-Angelegenheit. — **Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstraße 120. — **Duisburg (Diskussionsklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Gasenkamp, Friedrich-Wilhelmstraße, Diskussionsabend. — **Düsseldorf (Volksbildungsstätte).** Jeden Montag, abds. von 9—11 Uhr i. Verbandshaus, Rarkfurtstr. 29. Sitzung. — **Sachsen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbandstag. Vertretersitzung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal E. Simon, Alter Markt. — **Hamburg (Ortsverb.)** Jeden Mittwoch, abds. 8½ Uhr präz., in Göttermanns Hotel, Poolstr., Diskussionsabend. — **Hierlohn (Diskussionsklub).** Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Sander, Döhrstr. — **Köln (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bauer Kolping“, Eilbergasse. — **Königsberg i. Pr. (Diskussionsklub).** Sitzung jed. 2. u. 4. Mittwoch im Monat im Verbandshaus bei Sobat, Holzstr. 11. — **Leipzig (Gewerkevereins-Vierertafel).** Die Leubungshunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 15, statt. Gäste und stimmgebende Mitglieder sind herzgl. willkommen. — **Ludenscheid (Ortsverb.).** Sonntag, 12. Juni, morgens 9½ Uhr, Ortsverbandstag bei der Ortsvereinsleitung. Herrn A. Diemer. — **M.-Gladbach (Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 9 Uhr, b. Herrn Joh. Janßen, Riederstraße 333. Jeder Kollege herzlich willkommen. — **Wahlheim - Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten

Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertretersitzung: 1. im Birt Job. Möller, Sandstraße 38. — **Wetzlar (Sängerchor der Gewerkevereine).** Die Leubungshunden finden jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herzgl. willkommen. — **Ziegel (Diskussionsklub für Ziegel, Porzellan- und Reindendort).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Kähler, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. — **Weißenfels a. S. (Verbandsabteilung der Gewerkevereine).** Leubungshunde jeder Dienstag, abends 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gejagte Leubende Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — **Weißenfels (Diskussionsklub der Gewerkevereine).** Jeden Mittwoch 9—11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis

Danzig (Ortsverband). G. Orsdörfer, Schriftführer, Or. Schwalbengasse 31, per. Adv.: Bülh. Ruit. **Gröbzig (Ortsverband).** Rechtsauskunftsstelle bei Franz Bogt, Leipzigerstr. 46 IV, geöffnet Dienstag u. Donnerstag, abends 6—8, Sonntag vormittags 8—10 Uhr. Rat wird erteilt in Arbeitervereinsleitung, Arbeiterschule u. Arbeitsrecht. **Preussisch-Stargard (Ortsverband d. Holzarbeiter).** Franz Babinski, Schriftführer, Wilhelmstr. 10. **Bühlchow (Fabrik u. Handarbeiter).** G. Schmidt, Schriftführer, Bollken b. Bühlchow, Gademolhstr. 4.

Literatur

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Beschreibung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Kündigung erfolgt nicht. **Die Konfessionslosen.** Bearbeitet von Hans Raier. Buchhandlung Nationalverein. München-Gern 1910. Preis 20 Pfg. **Die Antifemiten.** Bearbeitet von Hans Raier. Buchhandlung Nationalverein. München 1910. Preis 20 Pfg. **Die Sozialdemokratie.** Bearbeitet von E. Rothschild. Buchhandlung Nationalverein. München 1910. Preis 20 Pfg. **Was ist liberal?** Von Nelson, B. Bouffet, E. Cahn, B. Chr. Buchhandlung Nationalverein. München 1910. **„Mikroskopos“.** Zeitschrift für die praktische Verwirklichung aller Naturfreunde. Herausgegeben von Dr. Adolf Reich. Jährlich 12 Hefte und 3 bis 4 Buchgaben. Abonnementpreis jährlich Mk. 4.— **Nahrungsmittel und Nährwertstoffe.** Ein Handb. zur Untersuchung unserer wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel. Von Dr. Adolf Reich. Mit einem Anhang: Untersuchung der Kleiderstoffe. Romb. Gesellschaft der Naturfreunde, Franzische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Preis geb. 75 Pfg., geb. Mk. 1.25. **Das moderne Proletariat.** Eine sozialpsychologische Studie von Georg Meiner. Preis broschiert Mk. 5.— **Die chronische Darmchwäche, das Grundübel des Kulturmenschen, ihr Einfluss auf alle Körperfunktionen und ihre Heilung.** Von Dr. med. Bagdofski. Preis 0,80 Mk. 3. Auflage. Hofverlagsbuchhandlung Edmund Demme, Leipzig. **Upton Sinclair's Hungerkur, oder: Das geistige Geheimnis, wie man vollkommen gesund wird und bleibt.** Von Dr. G. Starbinger. Preis 0,30 Mk. Leipzig, Hofverlagsbuchhandlung Edmund Demme. **Der Dienstvertrag der Krankenpflegerinnen unter Berücksichtigung der sozialen Lage von Charlotte Reichel.** Preis 1,40 Mk. Verlag von Gustav Fischer, Jena.

Anzeigen-Teil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: **Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen?** Preis 35 Pfg. **Die rechtsgesehliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- u. Invalidenversicherung).** Preis 1,50 Mk. **Gewerbe- und Unfallversicherungsgesetz.** Preis gebunden 80 Pfg. **Invalidenversicherungsgesetz.** Preis gebunden 60 Pfg. **Vereinsrecht für das Deutsche Reich v. R. Goldschmidt.** Preis pro Exemplar für Mitglieder 20 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.

Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird. **Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolph Klein, Berlin NO., Greifswalderstraße 221-23.**

Hamburg-Altona (Ortsverb.). Die Rechtsauskunftsstelle befindet sich beim Kollegen G. Dehler, Hamburg, Silkenstr. 19, III. Speschzeit wochentags von 6—8 Uhr abds., Sonntags von 10—12 Uhr vormittags.

Spandau (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich Nolitestraße 6, Restaurant zum „Lirischen Zelt“, Fernsprecher Nr. 559. Dasselbst erhalten auch durchreisende Kollegen Karten im Werte von 75 Pfennig.

Brandenburg a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgesetz von 50 Pfg., Sonntag und Feiertags 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer G. Reimann, Schmüdnerstraße 12.

Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in der bei dem Kollegen Ludwig Laube, Schuhmachermeister, Leipzigerstr. 94, im Hof.

Für Vereinsbibliotheken

sind ca. 400 Bände Romane, Erzählungen o. dgl. zu verkaufen. Näheres durch den Verbandskassierer Kollegen Klein.

Kensal (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. bei Ang. Reimer, Friedrichstraße 36.

Chemnitz (Ortsverband). Das Gesetzbuch für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufen nur beim Ortsverbandskassierer, Koll. Heide, Bergstr. 54, abends 7—8 Uhr ausgegibt. — Der Arbeitsnachweis wird von Koll. Oswald Blag, Senefelderstr. 32, vermittelt. Speschzeit wochentags von 7—8 Uhr abends, am Sonntag von 10—12 Uhr vormittags.

Pasewalk. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Unterstützung beim Verbandskassierer Berber, Marktstraße 60.

Erfurt. An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 0,75 Mk. durch den Ortsverbandskassierer August Seitenficker, Eingangsstr. 61, gezahlt.

Sera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkevereinskollegen wird angezählt bei Franz Wagner, Sera, Bärensstraße 11.

Potsdam (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgesetz bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Rothenbach und Umgegend (Ortsverband). Reiseunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerkevereiner beim Kollegen Gust. Bichel, Bauverein Nr. 85, Rothenbach i. Schl. Verbands-Herberge: Gasthof zum Klara-Schacht.

Leipzig-West (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgesetzbuch bei den Vereinskassierern. Für Abendbrot und Nachtquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeitsstr.

Elbing (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgesetz beim Ortsverbandskassierer E. Jollert, Sternstraße 41.

Saarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereinskassierern oder im Sekretariat Saarbrücken I. Am Markt 18.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten beim Genossen Kammerer, Fischmarkt 10, Verbandsausgaben.

Lippstadt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 0,75 Mk. Reiseunterstützung beim Ortsverbandskassierer F. Berglar, Lippstadt, Bödenförderstr. 189.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtquartier und früh Kaffee beim Verbandskassierer H. Kowalkowski, Thorn, Heiliggeiststr. 7/9.

Der Zentral-Arbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine (Stich - Fundus)

NO. 55, Greifswalderstraße 221—23 wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.